

# Jahrhundertbauwerk Schädelstätte

Von Gerhard Gnauck 15. Juli 2006, 00:00 Uhr

Deutscher Erinnerungsort: Die sibirisch-europäische Erdgasleitung verbindet FDJler und Zwangsarbeiter

Kein Menschenalter ist es her. Am 21. September 1953 stießen Geologen im westsibirischen Urengoj bei einer Bohrung in eine Tiefe von 1344 Metern vor. Plötzlich schoß eine mächtige Gas- und Wasserfontäne aus dem Bohrloch. Einige Zeit später wurde dort mit der Erdgasförderung begonnen.

1970 gaben westdeutsche Banken der Sowjetunion erstmals einen Milliardenkredit für den Leitungsbau. Das politisch brisanteste Projekt fällt in die achtziger Jahre: die Vollendung der Erdgasleitung von Urengoj über 3650 Kilometer ins westukrainische Uschgorod, die bis heute Kunden in Deutschland und Europa versorgt. Energiesicherheit ist das Hauptthema des G-8-Gipfels, der an diesem Wochenende in St. Petersburg stattfindet.

Der Bau dieser Pipeline, des letzten sowjetischen Mammutprojekts, hat Spuren hinterlassen: zunächst in den Firmenarchiven der Konzerne, die im berühmten Erdgas-Röhren-Geschäft Moskau die Lieferung von Stahlröhren zusagten. Schon damals diskutierte die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik - gerade nach dem Einmarsch in Afghanistan - über die wachsende Abhängigkeit von der Sowjetunion. Die Vereinigten Staaten unter Präsident Ronald Reagan verhängten sogar ein Embargo, um am Geschäft beteiligte Firmen zu treffen.

Desto mehr legte sich die DDR ins Zeug, um das Projekt Urengoj-Uschgorod zu einem Erfolg werden zu lassen. Sie machte den Leitungsbau zu einem Kernstück deutsch-sowjetischer Zusammenarbeit und zugleich zu einem "staatlich organisierten Abenteuer, das einen eigenartigen Reiz ausübt". So nannte ein FDJ-Funktionär die Entsendung von etwa 12 000 Mitgliedern der DDR-Jugendorganisation zu Bauarbeiten in die Sowjetunion. Was die jungen Deutschen bei ihren zumeist drei Jahre währenden Aufenthalten erlebten, ist in einem zweisprachig deutsch-russisch gehaltenen Büchlein mit rotem Ledereinband nachzulesen: "Erdgastrasse. Freundschaft in Aktion".

Der Band wurde 1987 von der FDJ und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft herausgegeben. Erst wird in gußeisernem DDR-Deutsch die Statistik des Rohrleitungsbaus erzählt ("Fertigzustellen hieß es u.a. den Linearen Teil der Erdgasleitung Jamburg - Jelez I.").

Daß die DDR und das "Land Lenins" füreinander jeweils die größten Außenhandelspartner waren und bereits ihre "Zusammenarbeit bis zum Jahre 2000" geplant hatten, wird mit Stolz vermerkt. Ebenso die Tatsache, daß Washington zwar mit dem Lieferembargo westdeutsche Unternehmen "unter die Knute der US-Administration zwingen wollte", daß jedoch "realistisch denkende

kapitalistische Wirtschaftskreise" dieses "aggressive Konzept" schließlich durchkreuzt hätten.

Die Schilderungen der ständigen Versuche der DDR-Bürger an der Pipeline, gleiche Vorgaben mit weniger Arbeitskräften zu erreichen ("Initiative Effektivitätsgewinn"), lesen sich wie das Synergie-Mantra in den Großkonzernen von heute. Im Jahr 1982 erklärte die FDJ den Trassenbau zum "Zentralen Jugendobjekt".

Den größten Teil des Büchleins machen jedoch Erlebnisberichte aus, und hier wird der Ton gelegentlich fast lyrisch. "Willi ähnelt einem Ochsenfrosch. Ich sehe ihn auf einem Schutzblech über einem Reifen kauern ..., den feisten Kopf halslos aufgepfropft." Bei seiner Ankunft in der Steppe oder im Ural war der künftige Trassenbauer von den spartanischen Unterkünften schockiert; bei der Abreise jedoch vergoß er oft Tränen. Dazwischen lagen verzweifelte Kämpfe gegen Schlamm im Frühjahr und klirrende Kälte im Winter, Reparaturarbeiten, zu denen der Arbeiter kilometerweit durch ein enges Rohr kriechen mußte, aber auch gesellige Abende und Nächte zu zweit. Und immer wieder Begegnungen mit "sowjetischen Menschen", auch Kriegsveteranen. Dagegen wird sorgfältig verschwiegen, daß auch viele Väter der FDJler im Krieg in diesem Lande gewesen waren. Nur ein Urgroßvater, der 1918 in russischer Gefangenschaft war, darf Erwähnung finden.

Geschichten der Arbeit an einem "Jahrhundertbauwerk, das in der Welt nicht seinesgleichen hat", will dieses Buch erzählen. Der Film "Trassenchronik" und die Zeitung "Trassen-Echo" desgleichen. Im Juli feierte die DDR den "Tag des Trassenerbauers". Diese - gut bezahlte - Arbeit, so lesen wir, "ist frei von jeglicher Ausbeutung und dient letztlich der Selbstverwirklichung der Menschen."

Derweil erreichten die westdeutsche Öffentlichkeit ebenfalls Geschichten der Arbeit aus Sibirien. Sie rückten die Pipeline-Bauprojekte in ein anderes Licht. Sie stammten von sowjetischen Zwangsarbeitern, die auf den Röhren den Firmennamen "Mannesmann" entdeckt hatten und daraufhin in nach dem Westen geschmuggelten Briefen auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen versuchten.

Ein deutsches Flugblatt aus dem Jahre 1982 zeigt den wegen christlicher Betätigung zu fünf Jahren Lager verurteilten, ausgemergelten Jakow Skornjakow, der an der Pipeline eingesetzt war. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und andere Gruppen organisierten in Bonn eine Anhörung, auf der ehemalige politische Häftlinge berichteten. Die "Bunte" porträtierte den Rußlanddeutschen Peter Bergmann: "Ich war ein Pipeline-Sklave". Seine Arbeitsnorm in der Taiga bestand darin, täglich einen Graben von 14 Meter Länge und je einem Meter Breite und Tiefe auszuheben. (Von Urengoj bis Uschgorod wurden 50 Millionen Kubikmeter Erdreich bewegt.)

Bergmann überlebte: Ein Rentierzüchter versorgte ihn mit Speck. Er war in Haft geraten, weil er nach Deutschland ausreisen wollte. Er mußte beim Pipelinebau jahrelang dafür büßen, ehe er gen Westen ziehen durfte. Zwei seiner Kinder behielt die Sowjetunion als Faustpfand, um ihn zum Schweigen über das Erlebte zu zwingen.

Die Berichte sorgten für Aufsehen. Zahlreiche Medien, mehrfach auch die WELT, berichteten über diese Fälle. Das Gefühl, Nutznießer von Sklavenarbeit zu sein, war unangenehm. Die CDU/CSU forderte die Entsendung einer Kommission an die Trasse.

Darauf lud Moskau im Herbst des Jahres 1982 Mannesmann-Chef Overbeck und Deutsche Bank-Chef Christians zu einer Besichtigung der Trasse ein, wobei diese sich auch "mit Arbeitern trafen", wie die "Iswestija" zu berichten wußte. Freilich nicht mit Zwangsarbeitern. "Der Tatbestand der Zwangsarbeit ist uns unbekannt", schrieb Overbeck daraufhin der IGFM. Ähnlich reagierte das Bundeskanzleramt.

Heute ist der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder Aufsichtsratschef der Gesellschaft, die eine neue Pipeline nach Deutschland bauen will, diesmal durch die Ostsee. Der Konzern Gazprom, der

einst auch Tausende Häftlinge für sich schufteten ließ, ist an dieser Gesellschaft der größte Anteilseigner. Schröder hat als Bundeskanzler viel für osteuropäische Zwangsarbeiter getan, die in Deutschland gelitten hatten. Könnte er nicht aus den Milliardengewinnen von Gazprom eine winzige Summe loseisen? Wenn schon nicht für Entschädigungen, dann zumindest für eine Ausstellung oder ein Gedenkbuch: zu Ehren jener, die mit Schweiß und Blut und oft genug mit ihrem Leben dafür bezahlt haben, daß die Flammen auf Deutschlands Gasherden bis heute nicht erloschen sind.

---